

NACHRICHTEN

Regierungsgegner in Nicaragua festgenommen

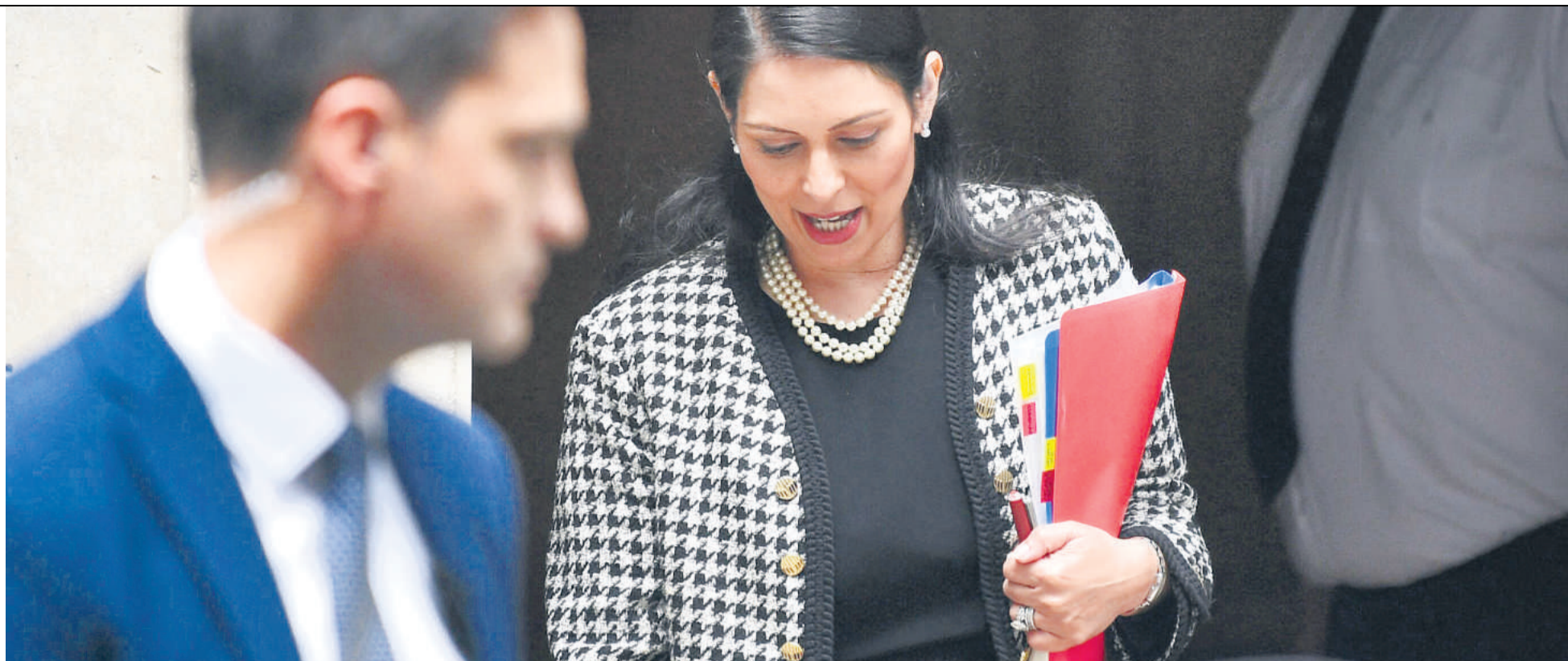
Managua. In Nicaragua setzt Staatschef Daniel Ortega seinen harten Kurs gegen politische Gegner fort. Die Behörden nahmen am Dienstag nach eigenen Angaben zehn Oppositionelle fest, darunter sechs potenzielle Bewerber um das Präsidentenamt. Vor den Wahlen im November sind nun 26 Regierungsgegner hinter Gittern. Die Anklagen basieren auf einem von Ortega initiierten und im Dezember vom Parlament verabschiedeten Gesetz. Anfang Juni starteten Sicherheitskräfte und paramilitärische Gruppen eine Reihe von Razzien gegen Präsidentschaftskandidaten, Politiker, Geschäftsleute und Ex-Weggefährten Ortegas. Das Gesetz sieht vor, dass all jene, die einen Staatsstreich oder »terroristische« Akte planen, nicht bei der Präsidentschaftswahl kandidieren dürfen. Kritiker werfen Ortega vor, einen zunehmend repressiven Regierungsstil entwickelt zu haben. Verfassungsregelungen zur Begrenzung der Amtszeiten der Präsidenten ließ er aushebeln. AFP/nd

Anklage gegen Militärs in Kolumbien

Bogotá. Erstmals seit Ende des Bürgerkriegs in Kolumbien sind Mitglieder des Militärs in Verbindung mit der Tötung von Zivilisten angeklagt worden. Elf Personen, darunter zehn Militärs unterschiedlichen Ranges, wurden wegen Ermordung von mindestens 120 Menschen im Gebiet Catatumbo zwischen Januar 2007 und August 2008 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last gelegt, so eine Mitteilung der Sonderjustiz für den Frieden. Demnach wurden die Angeklagten als Verantwortliche identifiziert, ohne die die kriminellen Handlungen nicht in »systematischer und weit verbreiteter Form« stattgefunden hätten. Das Militär hatte laut der Sonderjustiz zwischen 2002 und 2008 mindestens 6402 Zivilisten getötet und als feindliche Guerillakämpfer ausgegeben, um Quoten zu erfüllen und dafür Prämien zu bekommen. dpa/nd

Heißester Juni aller Zeiten in Nordamerika

Paris. Der vergangene Monat war nach Angaben des EU-Erdbeobachtungsprogramms Copernicus der heißeste Juni aller Zeiten in Nordamerika. Teile der USA und Kanadas waren von einer massiven Hitzewelle betroffen, die zu zahlreichen Waldbränden führte. »Diese Hitzewellen finden nicht in einem Vakuum statt. Sie finden in einem weltweit, sich erwärmenden Klima-Umfeld statt, das ihr Auftreten wahrscheinlicher macht«, sagte Klimaforscher Julien Nicolas von Copernicus am Mittwoch. In Kanadas Provinz British Columbia wurde im Juni an drei Tagen in Folge ein Temperaturrekord gemessen. Insgesamt lag die Temperatur in der Region im Juni 1,2 Grad über dem Durchschnittswert der Jahre 1991 bis 2020. Für Europa war es der zweitwärmste Juni seit Beginn der Aufzeichnungen. AFP/nd



Die britische Innenministerin Priti Patel will illegal ins Land gelangte Asylbewerber hart bestrafen.

Großbritannien baut weiter Mauern

Neue Gesetzesvorlage erschwert den Zugang zu Asyl und kriminalisiert die Antragsteller

Die britische Innenministerin will das Asylgesetz verschärfen. Strafrechtlich belangt werden könnten dann auch Seenotretter. Menschenrechtsgruppen sind empört – und das Ziel einer größeren Effizienz wird die Vorlage auch nicht erfüllen.

PETER STÄUBER, LONDON

Wenn die britische Innenministerin Priti Patel eine »Reform« ankündigt, muss man sich stets auf eine Verschärfung gefasst machen. So verhält es sich auch mit der »Nationalitäts- und Grenzvorlage«, die Patel diese Woche veröffentlicht hat. Das Gesetz soll das Asylsystem »fairer und effektiver« machen, damit jene, die »wirklich Asyl brauchen, besser geschützt werden können«, heißt es von Regierungsseite. Bürger- und Menschenrechtsgruppen schlagen Alarm: Die Reform sei unmenschlich, unfair und rücksichtslos.

Patel will beispielsweise das Recht auf staatliche Unterstützung davon abhängig machen, wie jemand ins Land kommt: Wer es auf ungesetzlichem Weg tut – also etwa über den Ärmelkanal –, wird nicht mehr denselben Anspruch auf Hilfe haben wie jene, die auf legale Weise nach Großbritannien gelangen; selbst wenn der Asylantrag erfolgreich

ist, wird nur der vorübergehende Flüchtlingsstatus gewährt. Auch könnten der Zugang zu Sozialleistungen und das Recht auf Familiennachzug begrenzt werden.

Zudem wird die Höchststrafe für »illegale Einreise« von derzeit sechs Monaten Gefängnis auf vier Jahre erhöht. Der Migrationsanwalt Colin Yeo schreibt, dass diese Regelung, wenn sie umgesetzt wird, zu Tausenden zusätzlichen Häftlingen in den britischen Gefängnissen führen werde.

Das Gesetz zielt auch darauf ab, andere Länder zu bestrafen, die den britischen Behörden nicht behilflich sind bei der Abschiebung von Asylbewerbern oder Straftätern: Wenn sich ein Land – zum Beispiel Frankreich – weigert, abgewiesene Asylbewerber aus Großbritannien zurückzunehmen, dann wird es das Innenministerium französischen Besuchern erschweren, an ein Visum zu kommen.

Ominös ist eine Klausel, die besagt, dass jemand, der Flüchtlingen dabei behilflich ist, nach Großbritannien zu kommen, keinen finanziellen Anreiz braucht, um sich strafbar zu machen. Organisationen, die in Seenot geratenen Flüchtlingen im Ärmelkanal helfen, könnten also strafrechtlich verfolgt werden.

Flüchtlingskampagnen und Bürgerrechtsorganisationen sind sich einig, dass das vorgeschlagene Gesetz genau jenen schaden wird, die die Hilfe am dringendsten nötig haben. Der Refugee Council (Flüchtlingsrat) hat ausgerechnet, dass rund 9000 Menschen, denen nach geltenden Regeln der Flüchtlingsstatus gewährt wird, unter dem neuen Gesetz kein Anrecht auf Schutz mehr hätten. Steve Valdez-Symonds von Amnesty International spricht von »legislativem Vandalismus«: »Dieses rücksichtslose und zutiefst ungerechte Gesetz wird Schande über den internationalen Ruf Großbritanniens bringen.«

»Dieses rücksichtslose und zutiefst ungerechte Gesetz wird Schande über den internationalen Ruf Großbritanniens bringen.«

Steve Valdez-Symonds Amnesty International

Auch scheint der Vorstoß des Innenministeriums das vorgegebene Ziel zu verpassen, nämlich das Asylsystem effizienter zu gestalten. Im Gegenteil: Experten schätzen, dass die neuen Regelungen zusätzliche Verzögerungen und Komplikationen verursachen werden. Die Vorlage werde Flüchtlinge bestrafen, »weil sie sich erdreisten, in unserem Land Schutz zu suchen«, statt dass ein anderer Staat für sie zuständig bleibt, schreibt Anwalt Colin Yeo. Die ganze Debatte über Flüchtlinge und das »kaputte Asylsystem« wie es die Innenministerin formuliert, kommt zu einem merkwürdigen Zeitpunkt: Denn die Zahl der Asylanträge in Großbritannien ist derzeit so niedrig wie zuletzt vor über zehn Jahren. 2020 stellten gut 36 000 Menschen einen Asylantrag – wegen der Corona-Pandemie waren es weniger als im Jahr zuvor. In Deutschland gingen im selben Jahr rund 122 000 Asylanträge ein.

Aber der britischen Regierung geht es nicht zuletzt um Signalwirkung: Sie geriert sich als strenge Grenzwächterin, um ihren konservativen Wählerinnen zu zeigen, dass sie das Ziel der Migrationsbeschränkung ernst nimmt. Dabei haben die Britinnen und Briten mittlerweile eine weniger ablehnende Haltung zur Einwanderung als noch vor einigen Jahren: Laut einer Umfrage vom Januar wollen nur 49 Prozent der Bevölkerung, dass weniger Migranten ins Land kommen – 2015 waren es noch 67 Prozent.

Ruanda mischt in Mosambik mit

Regierung in Kigali will militärisch intervenieren in Krisenprovinz Cabo Delgado

Die Provinz Cabo Delgado im Norden Mosambiks wird seit Jahren von Angriffen islamistischer Kämpfer destabilisiert. Das militärisch potente Ruanda will nun mit Waffen für Ruhe sorgen.

KATRIN VOSS

Es scheint nur noch eine Frage von Tagen: 200 ruandische Militärangehörige sollen bereits in Cabo Delgado anwesend sein, berichtete jüngst das Nachrichtenportal »Zitamar«. »Es gibt Pläne, Militär zu entsenden, aber die Pläne sind noch nicht abgeschlossen.« Diese Aussage vom Sprecher der ruandischen Armee Ronald Rwigyaga fiel Ende Juni; seitdem wird

weiter an den Plänen gearbeitet. Ende April traf der mosambikanische Präsident Filipe Nyusi seinen ruandischen Amtskollegen Paul Kagame. Die beiden Staatsoberhäupter diskutierten unter anderem über die Bekämpfung des Terrorismus, berichtete der ruandische Staatssender damals. Nur wenige Tage später traf eine erste ruandische Militärmis-sion im Norden Mosambiks ein.

Der Bürgerkrieg in der gasreichen mosambikanischen Provinz Cabo Delgado ist in den vergangenen Monaten eskaliert, nachdem islamistische Terroristen, die seit 2017 die Region unsicher machen, die Schlagzahl ihrer Angriffe erhöht haben. Die Vereinten Nationen sprachen jüngst von 732 000 Personen, die aufgrund des Krieges auf der Flucht sind oder vertrieben wurden. In der Folge der Angriffe hat das französische Gasunternehmen Total den Ausbau seiner Anlagen fürs Erste gestoppt – ein 20 Milliarden Dollar teures Flüssiggasprojekt für die Region liegt damit erst einmal auf Eis.

Nicht nur Ruanda sinniert über eine Militärintervention, sondern auch die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC), zu deren 16 Mitgliedstaaten das ostafrikanische Ruanda nicht zählt. Mosambiks nördlicher Nachbar Tansania lehnt jegliche militärische Intervention ab. Die tansanische Außenministerin Liberata Mulamala ließ verlauten, dass unklar sei, wer eigentlich militärisch bekämpft werden soll. Sie fordert eine friedliche Lösung durch die internationale Gemeinschaft und setzt auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen mithilfe einer gezielten Entwicklungspolitik.

Das regionale Schwergewicht Südafrika dagegen drängt zunehmend auf militärisches Vorgehen, und die SADC hat nach langem Zögern prinzipiell einer Intervention zugestimmt. Die Rede ist von bis zu 3000 Soldaten. Vieles ist indes noch ungeklärt, unter anderem die Ausgestaltung des Einsatzes wie auch die Finanzierung.

Die SADC hat ein Budget von 12 Millionen Dollar für ihre Militärintervention festgelegt, sagte der angolische Außenminister Tete Antonio. Aber selbst Südafrika hat angesichts der Coronakrise sein Militärbud-

get stark gekürzt und sucht nach externen Geldgebern, um das Kontingent finanzieren zu können.

Mosambik kommen die Unklarheiten innerhalb der SADC zupass, denn eine Militärintervention von Soldaten der Nachbarländer wird in Maputo mit Skepsis gesehen. Bisher wollte Mosambik jegliche Form der Einmischung – insbesondere seitens Südafrikas – vermeiden und setzte auf die eigene Armee, Polizeikräfte oder Söldnertrupps. Analysten vom südafrikanischen Institute for Security Studies vermuten, dass Maputos politische Elite vermeiden möchte, dass Gelder von Geberorganisationen über die SADC geleitet werden statt direkt nach Maputo. Mit Ruanda hätte Mosambik dagegen nur einen Partner zum Abstimmen über den Einsatz und nicht die 16 Staatsoberhäupter der SADC.

Die Vereinten Nationen sprachen jüngst von 732 000 Personen, die aufgrund des Krieges auf der Flucht sind oder vertrieben wurden.

Ruanda würde mit einem solchen Einsatz seine Rolle als Stabilitätsfaktor in Afrika untermauern. Das Land war und ist an Missionen beteiligt, so in der Zentralafrikanischen Republik, Mali, Sudan, Südsudan. Ferner trifft das Engagement Ruandas auf das Wohlwollen Frankreichs. Die bilateralen Beziehungen haben sich zuletzt deutlich verbessert, nachdem Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in der ruandischen Hauptstadt Kigali Mitverantwortung für den Völkermord übernommen hatte. Ruandische Truppen könnten eine zentrale Rolle bei dem Bemühen spielen, rund um das Palma-Afundi-Erdgasgebiet eine Sicherheitszone zu schaffen. Die ruandischen Truppen gelten als besser ausgebildet und weit schlagkräftiger als die mosambikanischen. Das freut Total und auch Frankreich. Und so zeichnet sich zwischen Mosambik, Ruanda und Frankreich eine Ménage-à-trois zum Vorteil aller drei Länder ab – aus Sicht der Regierungen.

Streichung von EU-Geld für Ungarn gefordert

Gutachten: Rechtsstaatsverstöße sollen sanktioniert werden

Straßburg. In einem Rechtsgutachten fordern Sozial- und Rechtswissenschaftler die EU-Kommission auf, den Rechtsstaatsmechanismus gegen Ungarn anzuwenden und Schritte zur Streichung von Fördermitteln einzuleiten. Dabei geht es um ein im Januar in Kraft getretenes Gesetz, das es ermöglicht, bei Rechtsstaatsverstößen einem Mitgliedsland Fördermittel zu streichen oder zu kürzen.

In dem von der Grünen-Fraktion im EU-Parlament in Auftrag gegebenen Gutachten bemängelten drei Wissenschaftler eine intransparente Verwendung von EU-Geldern, fehlende Verfolgung von Steuerhinterziehung sowie die fehlende Garantie unabhängiger Gerichte in Ungarn. In der Untersuchung fassten die Wissenschaftler Daten aus den vergangenen Jahren unter anderem der EU-Betrugsbekämpfungsbehörde, der EU-Kommission und Medienberichte zusammen. Diese zeigten etwa, dass öffentliche Aufträge wiederholt an Freunde und Familie von Regierungschef Viktor Orbán gingen. Zudem legten die Forscher den Umbau des Justizsystems durch das Benennen von Richtern durch die regierende Fidesz-Partei dar. Darin sahen sie Rechtsstaatsverstöße der ungarischen Regierung und forderten daher die Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus.

Ende Juni hatte das Europäische Parlament der Kommission eine Frist von zwei Monaten gesetzt, die neue Möglichkeit zur Kürzung europäischer Gelder bei Rechtsstaatsverfehlungen anzuwenden. Dies ist bisher nicht geschehen. Der Mechanismus solle angewendet werden, bevor weitere Gelder, etwa aus dem mehrjährigen Finanzrahmen und dem Corona-Aufbaufonds, nach Ungarn fließen, forderten die Gutachter.

Polen und Ungarn hatten sich im vorigen Jahr vehement gegen das neue Instrument gewehrt. Warschau und Budapest stimmten dem Rechtsstaatsmechanismus erst zu, nachdem die Staats- und Regierungschefs zugesichert hatten, dass Kürzungen von EU-Geld erst erfolgen können, nachdem der EuGH das Instrument rechtlich geprüft hat. AFP/nd

ANZEIGE

nd LESERREISEN

KANARENSEL LANZAROTE
04.11. - 11.11.2021 und 17.03. - 24.03.2022

Preis pro Person im DZ
Einzelzimmerzuschlag **1.029 Euro**
168 Euro

Katamaran-Ausflug p. P. 75 €
Ausflug Insel La Graciosa p. P. 45 €
Ausflug Fuerteventura p. P. 89 €

LEISTUNGEN

Flug von Berlin nach Lanzarote und zurück;
Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen;
7 Ü/Halbpension im 4-Sterne-Hotel
Occidental Lanzarote Mar in Costa Teguiser;
ganztägiger Ausflug Lavahöhle & Cesar Manrique inkl. Mittagessen und Eintritte Cueva de los Verdes, Kaktusgarten und Stiftung Cesar Manrique; ganztägiger Ausflug Feuerberge & Lavaküste inkl. Eintritt Nationalpark Timanfaya, Mittagessen und Weinverkostung;
Reisebegleitung ab/bis Flughafen Berlin

nd LESERREISEN

Frank Diekert, Franz Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Telefon 030 2978 -1620, Telefax 030 2978 -1650
leserreisen@nd-online.de
Veranstalter: GR Individual- und Gruppenreisen
GmbH, Strelitzer Chaussee 253, 17235 Neustrelitz

